

Beschluss der Mitgliederversammlung der CDU Horrem am 24.03.2026

Kerpen wird „smarte“ Stadt im Rhein-Erft-Kreis

Die CDU Horrem erkennt die Neuaufstellung der Verwaltung als Chance, die Kolpingstadt Kerpen zukunftsfest, effizient und bürgernah auszurichten. Dabei ist für uns klar: Der Erfolg dieser künftigen Verwaltung hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, die Digitalisierung entschlossen und zügig voranzutreiben.

Die Verwaltung stößt bereits heute an ihre Belastungsgrenzen; steigende Fallzahlen, neue gesetzliche Anforderungen und begrenzte personelle Ressourcen machen deutlich, dass analoge, papierbasierte Abläufe nicht mehr zeitgemäß sind. Jede nicht-digitalisierte Leistung bindet dauerhaft Personal und verschärft den Druck auf die Mitarbeitenden, was zu längeren Bearbeitungszeiten und wachsendem Frust bei Bürgerinnen, Bürgern und Beschäftigten führt. Deshalb ist Digitalisierung für die CDU keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern Pflichtaufgabe zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Verwaltung.

Wir unterstützen das Ziel, Kerpen zu einer modernen, „smarten“ Stadt mit medienbruchfreien Prozessen zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik zu entwickeln. Dazu gehören orts- und zeitunabhängige digitale Dienstleistungen, der Ausbau von Online-Anträgen und digitaler Terminvergabe sowie transparente Bearbeitungsstände, die Wartezeiten reduzieren und die Servicequalität spürbar erhöhen. Eine solche digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor, der Kerpen für Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Wirtschaft attraktiver macht und die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt langfristig sichert.

Die CDU Horrem bekennt sich zu einem klaren Vorrang der Prozessoptimierung vor der reinen Technikbeschaffung. Effizienzgewinne entstehen vor allem durch die systematische Erfassung, Analyse und Optimierung von Verwaltungsprozessen, denn schlechte Prozesse einfach zu digitalisieren, führt zu höheren Kosten statt zu Verbesserungen. Ziel ist es, durch optimierte und digitalisierte Abläufe Bearbeitungszeiten deutlich zu verkürzen, manuelle Arbeitsschritte zu reduzieren und die Steuerung der Verwaltung durch Kennzahlen und transparente Prozesse zu verbessern.

Wir sehen, dass dafür zunächst investiert werden muss – in Personal im Bereich Digitalisierung, in Prozessmanagement und in ein leistungsfähiges Dokumentenmanagementsystem mit digitaler Akte und Workflows. Diese Anfangsinvestitionen sind aus Sicht der CDU notwendig, um mittelfristig Personal zu entlasten, Kosten zu senken und die Verwaltung insgesamt effizienter aufzustellen. Nicht oder zu spät zu handeln würde die Kosten auf Dauer erhöhen, die Überlastung der Mitarbeitenden verstärken und den Frust in der Bürgerschaft weiter wachsen lassen.

Die CDU Horrem erwartet von der Verwaltungsspitze, Digitalisierung als klare politische und strategische Priorität zu verankern und die dafür notwendige Struktur im neu aufgestellten Verwaltungsaufbau zu sichern. Wir sind bereit, ambitionierte Schritte zu unterstützen, die eine schnelle Umsetzung zentraler Digitalprojekte, frühe Effizienzgewinne und sichtbar bessere Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Für uns gilt: Die Frage ist nicht, ob wir digitalisieren, sondern wie schnell wir es gemeinsam schaffen – damit Kerpen eine moderne, bürgernahe und leistungsfähige Verwaltung erhält.

Die CDU Horrem schlägt vor, die Digitalisierung als prioritäre Investition zu behandeln, die gezielt finanzielle Spielräume erschließt, statt sie als freiwillige Zusatzaufgabe zu betrachten.

Priorisierung statt Gießkanne

Konzentration der knappen Mittel auf wenige, besonders wirksame Digitalisierungsprojekte (z. B. Dokumentenmanagementsystem, digitale Akte, zentrale Workflows), die schnell Bearbeitungszeiten verkürzen und Personal entlasten.

Verschiebung oder Streichung von Projekten ohne Effizienz- oder Pflichtbezug zugunsten der Digitalisierung von Kernprozessen.

Investition mit klarem Sparziel verknüpfen

Jede Digitalinvestition im Haushalt mit einem Einspar- bzw. Entlastungsziel hinterlegen (z. B. weniger manuelle Arbeitsschritte, kürzere Bearbeitungszeiten, Vermeidung zusätzlicher Stellenbedarfe).

Darstellung der mittel- und langfristigen Kosteneinsparungen durch effizientere Abläufe in der Haushaltsbegründung (z. B. geringere Prozesskosten, weniger Überstunden, weniger Krankheitsausfälle durch Überlastung).

Aufbau eines kleinen, schlagkräftigen Digitalisierungsteams

Statt flächendeckender Stellenaufstockungen gezielt zusätzliche Vollzeitäquivalente im Bereich Prozessmanagement und Digitalisierung schaffen (mindestens „Mindestanforderung“ mit 6 VZÄ im Bereich Digitalisierung, pro Dezernat 1 Stelle).

Klare Aufgabe dieses Teams: systematische Prozesserfassung, -optimierung und Digitalisierung der priorisierten Leistungen, um 60–70 % der Effizienzgewinne über Prozessverbesserung zu realisieren.

Stufenplan für schnelle und messbare Effekte

Vorschlag eines Stufenplans (zuerst stark belastete Bereiche und besonders bürgernahe Leistungen digitalisieren, z. B. häufige Anträge, Terminvergabe).

Einführung eines Kennzahlensystems (Bearbeitungszeiten, Rückstände, Servicelevel), um Fortschritte nachzuweisen und künftige Einsparpotenziale zu quantifizieren.

Nutzung gesetzlicher Pflicht und Fördermöglichkeiten

Deutliche Bezugnahme auf OZG, OZG-Änderungsgesetz und E-Government-Gesetz, um zu begründen, dass Nichtstun keine Option ist und langfristig teurer wird.

Prüfung und Einwerbung von Fördermitteln und Kooperationsmodellen (z. B. mit anderen Kommunen oder dem Kreis) zur Entlastung des städtischen Haushalts, wo möglich.

Vermeidung künftiger Mehrkosten

Grundsatz: Jede neue oder geänderte Aufgabe wird nur dann analog eingeführt, wenn gleichzeitig ein Digitalpfad konzipiert ist; analoge Parallelstrukturen sollen mittelfristig abgebaut werden.

Ziel, Mehrbedarfe an Personal nach Möglichkeit durch Effizienzgewinne aus Digitalisierung aufzufangen, statt dauerhaft neue Stellen zu schaffen.

So kann die Fraktion trotz enger Finanzlage begründen, dass begrenzte, zielgerichtete Digitalinvestitionen notwendig sind, um die Verwaltung handlungsfähig zu halten, Bürgernähe zu stärken und den Haushalt mittel- und langfristig zu entlasten.